

# **Beteiligungsbericht 2016**

## **Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe**

Freital, 16. November 2017

## 1. Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bewohner des Verbandsgebietes, der 15. Beteiligungsbericht des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe (TWZ) für das Haushaltsjahr 2016 liegt vor.

Mit diesem Beteiligungsbericht erhalten Sie einen Überblick zum Verband und seiner einzigen Beteiligung, der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH (WVWGmbH). Der Beteiligungsbericht ist deshalb auch in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil wird im Überblick der Verband und im zweiten Teil die mit der Wasserversorgung beauftragte Gesellschaft dargestellt.

Die WVWGmbH hat auch im Jahr 2016 großes Augenmerk auf die weitere Konsolidierung bzw. Verbesserung der technischen Infrastruktur und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gelegt. Gegen den allgemeinen Trend der Verteuerung von Produkten und Dienstleistungen ist es dem Unternehmen einmal mehr gelungen die Höhe der Wasserentgelte seit nunmehr 22 Jahren auf dem Niveau von 1995 zu belassen.

Konsequente Investitionen in die Erneuerung der Wasserwerke, Rohrnetze, Pumpwerke und Hochbehälter senkten seit Anbeginn stetig den Aufwand für den laufenden Betrieb der Anlagen.

Die Umsetzung dieses strategischen Ansatzes war eine wesentliche Voraussetzung für die notwendige und permanente Steigerung der Effizienz des Unternehmens. Dazu trug neben geringeren Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung auch der notwendige Abbau von Personal entscheidend bei.

Während 1990 im Unternehmen 139 Arbeitnehmer tätig waren, waren es 2016 im Jahresdurchschnitt 71 Beschäftigte, zuzüglich einer Auszubildenden (Azubi), die ihre Tätigkeit im Juli aufnahm. Mithin zwei Arbeitnehmer weniger als im Vorjahr.

Sie sorgen dafür, dass heute und in Zukunft an jedem Tag und zu jeder Stunde Trinkwasser in ausreichender Menge und hervorragender Qualität für alle Haushalte, öffentliche Einrichtungen, Gewerbe- und Industriebetriebe zu fairen Preisen zur Verfügung steht.

Die mit Augenmaß betriebene weitere Fortentwicklung, Erneuerung und Anpassung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur unter verstärkter Berücksichtigung von Klimawandel und demographischer Entwicklung besitzen auch künftig hohe Priorität.

Sie bilden die Voraussetzungen für einen stabilen Betrieb der Anlagen, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit weit über unsere heutige Zeit und Generation hinaus.

Die Einführung der Neuen Tarifstruktur zum 01. Januar 2016 und der damit verbundene Paradigmenwechsel, nämlich, die Grundentgelte, bei gleichzeitiger Absenkung der Arbeitspreise von 23% auf 60% der Gesamtaufwendungen anzuheben, verlief weniger problematisch als angenommen worden ist. Dort wo es nötig war, erhielten unsere Kunden ausführliche Informationen mit denen alle Fragen beantwortet worden sind.

Mit den neuen Tarifen wird der Kostenstruktur in der Wasserversorgung, die sich durch einen sehr hohen Fixkostenanteil (>85 %) auszeichnet, der völlig unabhängig von der tatsächlichen Wasserabnahme allein zur permanenten Vorhaltung der Dienstleistung anfällt, mehr als in der Vergangenheit Rechnung getragen.

Die Neue Tarifstruktur ist ein Garant für wirtschaftliche Stabilität und künftig auskömmliche Wasserpreise unter Berücksichtigung rückläufiger Wasserverkäufe aufgrund der demographischen Entwicklung.

Am Ende des Tages konnten mehr Wohnungen als ursprünglich auf der Grundlage des Zensus 2011 geplant wurden, für die Ermittlung des Systempreises herangezogen werden.

Die eingetretenen Kostenüberdeckungen werden mit Kostenunterdeckungen der Folgejahre bei gleichbleibenden Wasserentgelten verrechnet.

Es ist geplant, und alle vorsichtigen neuen Prognosen und Annahmen sprechen dafür, dass die Anhebung bzw. Anpassung der Wasserpreise bei gleichzeitiger kontinuierlicher Abschmelzung der Rücklagen frühestens zu Beginn des Jahres 2023 erfolgen wird.

Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 1995 und den Ausführungen im letzten Beteiligungsbericht drei weitere Jahre Preisstabilität bezüglich der jährlichen Ausgaben für das Lebensmittel Nummer eins für den größten Teil der Abnehmerschaft.

Freital, 16. November 2017

gez. Uwe Rumberg  
Verbandsvorsitzender  
Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

<b>Inhaltsverzeichnis</b>		<b>Seite</b>
1.	<b>Vorwort</b>	2
2.	<b>Verbandsspezifischer Teil</b>	5
2.1	<b>Rechtliche Verhältnisse</b>	5
2.2	<b>Mitglieder in der Verbandsversammlung im Berichtszeitraum 2016</b>	6
2.3	<b>Mitglieder des Verwaltungsrates</b>	7
2.4	<b>Unternehmensgegenstand/Unternehmenszweck</b>	8
2.5	<b>Wirtschaftliche Verhältnisse</b>	9
2.5.1	<b>Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2016</b>	9
2.6	<b>Finanzbeziehungen zwischen dem Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe und der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH</b>	10
2.6.1	<b>Ergebnisrechnung</b>	11
2.6.2	<b>Finanzrechnung</b>	12
3.	<b>Unternehmensspezifischer Teil</b>	13
3.1	<b>Rechtliche Verhältnisse</b>	13
3.2	<b>Unternehmensangaben zur Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH</b>	13
3.3	<b>Bilanz und Leistungskennzahlen</b>	14
3.3.1	<b>Beschreibung der Kennzahlen</b>	14
3.3.2	<b>Übersicht über die Kennzahlen</b>	17
3.4	<b>Lagebeurteilung der Gesellschaft</b>	18
3.5	<b>Vergleich der Bilanzen zum 31.12.2016, 31.12.2015, 31.12.2014 aus den entsprechenden Jahresabschlüssen</b>	27
3.6	<b>Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung aus der Planung 2016 mit den Ergebnissen des Jahresabschlusses 2016</b>	28
4.	<b>Impressum</b>	28
5.	<b>Anhang</b>	
	<b>Auszug aus dem Jahresabschluss des TWZ 2016</b>	
	<b>Ansatz des Beteiligungswertes der Verbandsmitglieder</b>	

## **2. Verbandsspezifischer Teil**

### **2.1 Rechtliche Verhältnisse**

Der Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe (TWZ) entstand im Ergebnis der Kommunalisierung der ehemals über den gesamten Regierungsbezirk Dresden wirkenden Wasser- und Abwasserbehandlung Dresden GmbH. Er hat seine wirtschaftliche Tätigkeit zum 01.01.1994 aufgenommen.

Die Verbandssatzung und ihre Genehmigung durch das Regierungspräsidium Dresden wurden im Sächsischen Amtsblatt Nr. 52/1993, S. 1280 vom 25. November 1993 öffentlich bekannt gemacht.

Der TWZ führte aufgrund von Zweifeln des Verwaltungsgerichtes Dresden hinsichtlich seiner rechtmäßigen Gründung im Jahr 2002 eine Sicherheitsneugründung durch.

Die Bekanntmachung des Landratsamtes Weißeritzkreis über die Genehmigung der Verbandssatzung/Änderungssatzung zur Verbandssatzung des TWZ wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 43/2002, S. 1109 vom 24. Oktober 2002 öffentlich bekannt gemacht.

Der Sitz des TWZ ist auf der Dresdner Straße 301 in 01705 Freital. Das Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr. Der TWZ beschäftigt kein Personal. Die Aufgaben des TWZ und hier insbesondere seine hoheitliche Tätigkeit werden durch seine Eigengesellschaft, die Firma Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, vorbereitet.

Zur Klarstellung der Stimmenverteilung der Verbandsmitglieder wurde die Verbandssatzung in der 33. Verbandsversammlung am 11. Dezember 2008 geändert. Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge genehmigte die Satzungsänderung. Die 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 11/2009, S. 553 vom 12. März 2009 öffentlich bekannt gemacht.

In der 36. Verbandsversammlung am 22. Juli 2010 wurde die Verbandssatzung erneut geändert. Die Prüfung der Jahresrechnung wurde im § 16 so geregelt bzw. erweitert, dass nunmehr ein kommunales Rechnungsprüfungsamt oder ein kommunaler Rechnungsprüfer, ein Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Verbandsversammlung zum Rechnungsprüfer bestellt werden kann.

Die 2. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 42/2010, S. 1518 vom 21. Oktober 2010 öffentlich bekannt gemacht.

Aufgrund der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung des Verbandes durch das Rechnungsprüfungsamt Löbau wurde die Verbandssatzung am 11. Dezember 2014 in der 45. Verbandsversammlung erneut geändert und die Neufassung, einschließlich Genehmigung, am 05. Februar 2015 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 6/2015, S. 205 ff. öffentlich bekannt gemacht.

## 2.2 Mitglieder in der Verbandsversammlung im Berichtszeitraum 2016

Die Stimmenverteilung wird auf der Grundlage von § 125 SächsGemO (Stichtag 30.06. des Vorjahres) ermittelt und stellt sich wie folgt dar:

<b>Stadt/Gemeinde</b>	<b>Einwohner</b> 2016	<b>Veränderung</b> zu 2015	<b>Stimmenanzahl</b> 2016	<b>Veränderung</b> zu 2015
Altenberg	8.125	-80	9	0
Bannewitz	10.521	70	11	0
Dippoldiswalde	14.452	-17	15	0
Dorfhain	1.092	-6	2	0
Freital	39.578	167	40	0
Glashütte	6.788	-41	7	0
Klingenberg	6.865	-51	7	0
Kreischa für OT Sobrigau, Bärenklause, Kautzsch	789	-1	1	0
Wilsdruff für OT Mohorn, Grund, Herzogswalde	2.121	14	3	0
Rabenau	4.380	7	5	0
Tharandt	5.330	25	6	0
2016 (30.06.2015)	100.041		106	
2015 (30.06.2014)	99.954		<u>106</u>	
Differenz zu 2015	87		0	
	0,09%			
2003	107.560		116	
Differenz 2015	-7.519		-10	
	-6,99 %			
Rückgang p.a.	0,56 %			

Die Verbandsgemeinden haben gegenüber dem Berichtsjahr 2015 (+369 EW) zum zweiten Mal hintereinander 87 Einwohner im Jahr 2016, also insgesamt 456 Einwohner seit 2003, hinzugewonnen.

Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs von 0,09 %. Bezieht man sich jedoch auf den 30.06.2002 als dem maßgebenden Stichtag für 2003, beträgt der Bevölkerungsrückgang in Summe immer noch 7.519 Einwohner bzw. 6,99 % oder 0,56 % per annum.

Ob sich der Zuwachs der Bevölkerung fortsetzen wird, ist aufgrund der Prognosen des Statistischen Landesamtes Sachsen eher nicht zu erwarten. Der Bevölkerungsrückgang wird sich zwar regional in unterschiedlicher Ausprägung, aber insgesamt weiter kontinuierlich, insbesondere oberhalb von Dippoldiswalde, fortsetzen.

Ob künftig dieser permanente Rückgang durch Zuzüge im unteren Kreisgebiet kompensiert oder übertroffen werden kann, bleibt abzuwarten.

Der Bevölkerungsrückgang hat mittelfristig Auswirkungen auf den Trinkwasserabsatz, welcher mittel- und langfristig weiter moderat absinken wird.

Die Fixkosten, welche unabhängig von der Höhe der Trinkwasserentnahme nur allein für die Vorhaltung der Dienstleistung Wasserversorgung anfallen, betragen mehr als 85 % an den Gesamtkosten.

Die Mindereinnahmen aus dem Bevölkerungsrückgang bzw. der demographischen Entwicklung auf der einen und die durchschnittliche Teuerung durch Inflation auf der anderen Seite können selbst bei voller Ausschöpfung des Rationalisierungspotentials im Unternehmen mittelfristig nur über die Anhebung der Wasserentgelte kompensiert werden.

Mit der Einführung der „Neuen Tarifstruktur“ zum 01. Januar 2016 schlägt der mittelfristige Rückgang des Wasserabsatzes bei einem Arbeitspreis von nunmehr 1,45 €/m<sup>3</sup>, der damit nur noch zu 40 % an den Gesamteinnahmen aus Wasserentgelten beteiligt ist, wesentlich geringer als früher auf das Ergebnis bzw. die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft durch.

## **2.3 Mitglieder des Verwaltungsrates**

Verbandsvorsitzender

Herr Rumberg  
Oberbürgermeister der  
GROSSEN KREISSTADT FREITAL

1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Herr Dreßler  
Bürgermeister der Stadt Glashütte

2. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Herr Fröse  
Bürgermeister der Gemeinde Bannewitz

Herr Kirsten  
Bürgermeister der Stadt Altenberg

Herr Paul  
Bürgermeister der Stadt Rabenau

Herr Peter  
Oberbürgermeister der  
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

Herr Rother  
Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

## **2.4 Unternehmensgegenstand/Unternehmenszweck**

Aufgabe des Verbandes ist die öffentliche Wasserversorgung in seinem Gebiet. Er ist Träger der öffentlichen Wasserversorgung gem. § 57 Abs. 1 SächsWG. Die Aufgabenträgerschaft erstreckt sich nicht auf Wasserversorgungen, die von Verbandsmitgliedern oder Dritten betrieben werden.

Der Verband bedient sich zur Durchführung der öffentlichen Wasserversorgung seiner Eigengesellschaft mit dem Namen "Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH" (WVWGmbH), in deren Eigentum die im Verbandsgebiet vorhandenen Wasserversorgungsanlagen stehen und die im Verhältnis zu den Kunden im eigenen Namen und für eigene Rechnung tätig wird.

Näheres regelt der zwischen dem Verband und der Gesellschaft abgeschlossene Versorgungsvertrag. Der TWZ hält zu 100 % die Anteile an der WVWGmbH.

Der Verband kann für Mitgliedsgemeinden oder deren Verbände Dienstleistungen, einschließlich Betriebsführung, insbesondere auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung, durchführen. Der Verband wird sich hierzu seiner Gesellschaft bedienen. Einzelheiten sind vertraglich zu regeln.

## **2.5 Wirtschaftliche Verhältnisse**



Der TWZ hat die Aufgabe der Wasserversorgung auf seine Eigengesellschaft übertragen. Seine Tätigkeit besteht in der Verwaltung seiner Beteiligung an der WVGmbH, in der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben, insbesondere zur Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs, der Beantragung und Weiterleitung von Fördermitteln und der Übernahme von Bürgschaften zur Inanspruchnahme zinsverbilligter Kommunal-darlehen durch seine Eigengesellschaft. Der Verband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

### **2.5.1 Rechenschaftsbericht des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für das Haushaltsjahr 2016**

Im Haushaltsjahr 2016 haben zwei Verwaltungsratssitzungen, eine im Juni und eine im Oktober, stattgefunden. Der Verwaltungsrat war zu beiden Sitzungen beschlussfähig. Er bereitete die Beschlussvorlagen für die Verbandsversammlungen vor.

Die 48. Verbandsversammlung fand am 18. August 2016 und die 49. Verbandsversammlung am 15. Dezember 2016 im Wasserwerk Klingenberg statt. Die Zustimmung der Verbandsräte

- zur Feststellung des Jahresabschlusses der Eigengesellschaft Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH (WVGmbH) und zur Entlastung des Aufsichtsrates für das Wirtschaftsjahr 2015,
- zum Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 16.618,66 € auf neue Rechnung,
- zur Feststellung der Jahresrechnung des TWZ für das Haushaltsjahr 2015,

waren wesentliche Entscheidungen der 48. Verbandsversammlung. Sie waren zudem Inhalt und Gegenstand der Beschlüsse in der 31. Gesellschafterversammlung am 18. August 2016.

In der 49. Verbandsversammlung wurde die Haushaltssatzung des TWZ für das Haushaltsjahr 2017 beschlossen und der Verbandsvorsitzende ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung die Finanzierung des Verwaltungshaushaltes einschließlich Steuern in Höhe von 22.335,00 € durch Ausschüttung/Auskehrung aus der Kapitalrücklage der Gesellschaft sicherzustellen.

Die Aussprache und der Beschluss zur Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften für Investitionen der Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2017 war ein weiterer Schwerpunkt der 49. Verbandsversammlung.

Im November 2016 hat hierzu eine Beratung im Landratsamt Sächsische Schweiz - Osterzgebirge unter Teilnahme des Verbandsvorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister Rumberg, seines juristischen Referenten Herrn Weichlein, Herrn Böhme als Leiter Beteiligungssteuerung der Stadt Freital sowie Herrn Kukuczka und Herrn Kluge auf der einen und Herrn Obst und Frau Lohse auf der anderen Seite stattgefunden.

Nach eingehender Erörterung der Sach- und Rechtslage war im Ergebnis der Beratung davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Standpunkte bezüglich der Inanspruchnahme von unplanmäßigen Kostenüberdeckungen (HGB) zur Finanzierung langlebiger Investitionen ausgeräumt worden sind.

Für die Durchführung der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses des TWZ für das Haushaltsjahr 2016 wurde abermals die, ab dem Wirtschaftsjahr 2015 auch mit der Prüfung des Jahresabschlusses der WVGmbH beauftragte, WIBERA Wirtschaftsberatungsgesellschaft AG bestellt.

## 2.6 Finanzbeziehungen zwischen dem Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe und der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH

Zu den Finanzbeziehungen gehören gem. § 99 Abs. 2 SächsGemO u.a. der Lagebericht und folgende Informationen:

- die Summe aller Gewinnabführungen der Unternehmen an den TWZ,
- die Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse, die vom TWZ an Unternehmen geflossen sind, an denen der TWZ beteiligt ist. Hierzu zählen z.B. Darlehen zu Vorzugsbedingungen oder Darlehen, die aus Bonitäts- oder Wirtschaftsgründen von einem privaten Kreditinstitut nicht gewährt worden wären,
- die Summe aller sonstigen Vergünstigungen, die der TWZ Unternehmen gewährt hat, an denen er beteiligt ist und
- die Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen, die zugunsten von Unternehmen ausgereicht wurden, an denen der TWZ beteiligt ist.

Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der WVGmbH und dem Zweckverband:

Leistungen der WVGmbH an den Zweckverband	2015	2016	Änderung
Gewinnabführungen	keine	keine	
Leistungen des Zweckverbandes an die WVGmbH	2015	2016	Änderung
Laufende Umlagen	keine	keine	
Investive Umlagen	keine	keine	
Inanspruchnahme v. übernommenen Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen	58.285,4 T€	58.288,2 T€	+2,8 T€ + 0,005 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	keine	keine	
Sonstige Vergünstigungen	keine	keine	
Sonstige Zuschüsse	keine	keine	

Bei den oben aufgeführten Zahlen handelt es sich um die tatsächliche Inanspruchnahme des TWZ aus der Bürgschaftsübernahme für seine Eigengesellschaft. Das Bürgschaftsvolumen des TWZ beläuft sich zum 31.12.2016 auf 85.047,5 T€. Die tatsächliche Inanspruchnahme des Bürgschaftsrahmens beträgt im Jahr 2016 bei 68,54 %.

Die Differenz zwischen Kreditaufnahme (Bürgschaftsvolumen) und der ausgewiesenen Restschuld (58.288,2T€) in Höhe von 26.759,3 T€ ist auf planmäßige Tilgungen der Darlehen aus erwirtschafteten Abschreibungen der Gesellschaft zurückzuführen.

Gegenüber 2015 ergibt sich für die Verschuldung mit einem leichten Plus von 2,8 T€ bzw. 0,005 % nur eine marginale Veränderung zum 31. Dezember 2016.

Unter der Maßgabe gleicher Investitionsumfänge in den nächsten Jahren müssen bei Berücksichtigung der Verteuerung der Baupreise durch Inflation zwangsläufig die Kreditaufnahmen und damit die Restschuld entsprechend steigen.

Gegenüber dem Jahr 2008 hat die Verschuldung in den letzten 8 Jahren bzw. bis Ende 2016 um 2.573,8 T€ bzw. auf 105,2 % zugenommen. Die Zunahme liegt damit weit unterhalb der Inflationsrate (Erhöhung der Baupreise) des letzten Jahrzehnts.

Als Fazit der vorbenannten Entwicklung kann entnommen werden, dass die Gesellschaft nunmehr **ohne** die Berücksichtigung der Teuerungsrate eine **stabile** Finanzierungsstruktur ohne weitere Steigerungen des Kreditvolumens erreicht hat, bei der sich Ersatzinvestitionen, Abschreibungen, Kredittilgungen und Kreditaufnahmen in etwa entsprechen. Das Anlagevermögen wird in seiner Substanz dadurch konstant gehalten.

An diesen Überlegungen ändert der Einbezug der Auswirkungen der Inflation grundsätzlich nichts. Auch unter Inflation werden die oben beschriebenen stabilen Verhältnisse erreicht, allerdings mit dem Unterschied, dass ein höheres nominales Vermögen vorliegt. An den realen Verhältnissen ändert sich nichts.

Das vorliegende langfristige Anlagevermögen wurde langfristig und damit betriebswirtschaftlich sinnvoll finanziert. Die so angestrebte Finanzierungsstruktur beinhaltet **keine** besonderen Risiken oder Bestandsgefährdungen.

Zur gleichen Beurteilung gelangte vor 9 Jahren die BDO Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in ihrer gutachterlichen Stellungnahme zur Investitionstätigkeit der Gesellschaft und deren Finanzierung vom 25. November 2008:

*„Das von der Geschäftsführung vertretene Finanzierungskonzept ist betriebswirtschaftlich sinnvoll und führt langfristig zu stabilen Strukturen.“*

## **2.6.1 Ergebnisrechnung**

Die im Ergebnishaushalt planmäßig veranschlagten Aufwendungen für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand in Höhe von 22.335,00 € wurden mit 16.225,50 € bzw. 72,6 % in Anspruch genommen. Diese Aufwendungen sind durch eine Ausschüttung der Gesellschaft aus der Kapitalrücklage zu finanzieren. In dieser Bruttoausschüttung sind neben den sächlichen Aufwendungen in Höhe von 13.658,64 € Kapitalertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag in Höhe von 2.566,86 € berücksichtigt.

Die Veränderung des Basiskapitals inklusive der Rücklagen des TWZ zum 31.12.2016 in Höhe von 505.932,10 € resultiert aus der Veränderung des im Zusammenhang mit der Beschlussfassung der 48. Verbandsversammlung zum Ergebnis der Jahresrechnung 2015 und dem entsprechenden Ausgleich der Aufwendungen durch die Gesellschaft in Höhe von 16.049,70 sowie dem im Jahr 2016 erzielten Jahresüberschuss der WVGmbH in Höhe von 521.981,80 €.

## **2.6.2 Finanzrechnung**

Der Finanzhaushalt weist ein geplantes Haushaltsvolumen in Höhe von 0,00 € auf, weil der Verband aufgrund des Auslaufens der Förderperiode für wasserwirtschaftliche Maßnahmen planmäßig keine Fördermittel erhalten hat.

Kreditermächtigungen für den TWZ wurden nicht ausgewiesen, da für die zinsverbilligten Kommunaldarlehen ausschließlich die Gesellschaft in Verbindung mit der Übernahme modifizierter Ausfallbürgschaften durch den Verband direkter Darlehensnehmer war.

Auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 07VB/2015 der 47. Verbandsversammlung vom 17. Dezember 2015 hat der TWZ im Jahr 2016 für ein zinsverbilligtes Kommunaldarlehen zur Finanzierung der Investitionstätigkeit bei Deutschen Kreditbank AG Dresden in Höhe von 2.700,0 T€ sowie für die im Haushaltsjahr 2016 anstehenden Umschuldungen gebürgt.

Die Bürgschaften wurden von der Kommunalaufsicht mit Bescheiden vom 20.10.2016, 01.11.2016 sowie 02.11.2016 genehmigt.

Die Höhe der Bürgschaften des TWZ zu Gunsten der WVGmbH belaufen sich zum Ende des Haushaltsjahres 2016 auf insgesamt 85.047,5 T€. Dies sind 143,5 T€ mehr als zu Beginn des Haushaltsjahres 2016 (84.904,0 T€).

Die tatsächliche Inanspruchnahme der Bürgschaften zum 31.12.2016 liegt mit 58.288,2 T€ bei 68,5 %. Der Zugang des Bürgschaftsvolumens ist darauf zurückzuführen, dass der TWZ im Jahr 2016 für oben genanntes Kommunaldarlehen der Gesellschaft zur Finanzierung ihrer laufenden Investitionstätigkeit in Höhe von 2.700,0 T€ gebürgt hat.

Für die Umschuldung zweier Darlehen bei der Commerzbank AG Dresden nach Auslaufen der Zinsbindungsfrist zum 30.12.2016 wurden zwei weitere Bürgschaften in Höhe von insgesamt 2.537,1 T€ durch den TWZ gewährt. Im Gegenzug wurde die Bürgschaften über 5.093,6 T€ für die ursprünglichen Darlehen zurückgegeben, was zu einer Verringerung der Bürgschaftssumme um 2.556,5 T€ führte.

## **3. Unternehmensspezifischer Teil**

Der unternehmensspezifische Teil erfasst die gleichen Beteiligungsberichtsunternehmen wie § 99 Absatz 2 SächsGemO.

Im unternehmensspezifischen Teil des Beteiligungsberichtes des TWZ finden Sie drei Unterteile:

- den Bericht über die Unternehmensstruktur gem. § 99 Abs. 2 Nr. 1 SächsGemO
- den Bericht über die Kennzahlenentwicklung gem. § 99 Abs. 3 Nr. 2 SächsGemO
- den Lagebericht, einschließlich Geschäftsverlauf, gem. § 99 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3 Nr. 3 SächsGemO

### **3.1 Rechtliche Verhältnisse**

Der TWZ hat rückwirkend zum 01.01.1998 die WWVGmbH, eine Eigengesellschaft, an welcher der Verband zu 100 % beteiligt ist, gegründet. Die WWVGmbH ist im eigenen Namen, für eigene Rechnung und mit eigenem Personal tätig.

### **3.2 Unternehmensangaben zur Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH**

Die Stammeinlage der Gesellschaft beträgt nach Änderung des Gesellschaftsvertrages im Oktober 2004 511.300,00 €. Der Nettowert des Vermögens auf der Grundlage der Schlussbilanz zum 31.12.1997 wurde mit 12.906.015,32 € festgesetzt.

Mit Bescheid des Landratsamtes Weißeritzkreis vom 17. Juli 1998 wurde die Gründung der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH rechtsaufsichtsbehördlich genehmigt. Die Gesellschaft wurde durch das Amtsgericht Dresden (Registergericht) am 11. November 1998 in das Handelsregister unter der Registriernummer HRB 16535 eingetragen.

Der TWZ ist alleiniger Gesellschafter der WWVGmbH. Es liegen keine Unterbeteiligungen vor. Der Sitz der Gesellschaft ist auf der Dresdner Straße 301 in 01705 Freital.

Geschäftsführer: Herr Frank Kukuczka

#### **Aufsichtsrat**

Herr Rumberg  
Oberbürgermeister der  
GROSSEN KREISSTADT FREITAL

1. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden

Herr Dreßler  
Bürgermeister der Stadt Glashütte

## 2. Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden

Herr Fröse  
Bürgermeister der Gemeinde Bannewitz

Herr Kirsten  
Bürgermeister der Stadt Altenberg

Herr Paul  
Bürgermeister der Stadt Rabenau

Herr Peter  
Oberbürgermeister der  
Großen Kreisstadt Dippoldiswalde

Herr Rother  
Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

Herr Schreckenbach  
Bürgermeister der Gemeinde Klingenberg

Anzahl der Mitarbeiter:

01.01.2016	75, davon	36 Angestellte, 39 Arbeiter
31.12.2016	72, davon	34 Angestellte, 38 Arbeiter

Abschlussprüfer: WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Käthe-Kollwitz Straße 21  
04109 Leipzig

### 3.3 Bilanz und Leistungskennzahlen

#### 3.3.1 Beschreibung der Kennzahlen

Im Kennziffernteil dieses Berichts werden folgende Kennziffern verwendet:

Die **Personalintensität** (PI) wird unter Zuhilfenahme der Größen Personalaufwand (PA) und Umsatz (U) wie folgt berechnet:

$$PI = PA/U * 100 \text{ in \%}$$

Die **Arbeitsproduktivität** (PFA) bzw. die Produktivität des Faktors Arbeit wird unter Zuhilfenahme der Größen Umsatz (U) und Zahl der Beschäftigten (B) wie folgt errechnet:

$$PFA = U/B \text{ in T€ / Mitarbeiter.}$$

Beide vorbenannten Kennziffern zeigen deutlich die Bemühungen der Gesellschaft, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse stetig zu konsolidieren.

Die **Anlagenintensität** (AI) charakterisiert die Vermögensstruktur. Die Anlagenintensität wird unter Zuhilfenahme der Größen Anlagevermögen (AV) und Gesamtvermögen (GV) errechnet:

$$AI = AV/GV \times 100 \text{ in \%}.$$

Die **Fremdkapitalquote** (FQ) kennzeichnet das Verhältnis von Fremdkapital zum Gesamtkapital. Die Fremdkapitalquote wird unter Zuhilfenahme der Größen Fremdkapital (FK) und Gesamtkapital (GK) wie folgt berechnet:

$$FQ = FK/GK \times 100 \text{ in \%}.$$

Zum Fremdkapital zählen neben Darlehen auch Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (z.B. Darlehensübernahme Pretzschendorf) sowie Rückstellungen.

Aufgrund der Tatsache, dass es politischer Wille war, keine Beiträge zur Finanzierung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur zu erheben, mussten der Verband und später die Gesellschaft neben Fördermitteln auch erhebliche Darlehen zur Finanzierung der notwendigen Baumaßnahmen einsetzen.

Insofern ist es logisch und konsequent, dass aufgrund des desolaten Zustandes der Anlagen zu Beginn der 90-er Jahre die Fremdkapitalquote der Gesellschaft höher als bei besser ausgestatteten Aufgabenträgern ausfallen muss.

Die **Investitionsdeckung** (ID) wird unter Zuhilfenahme der Größen Abschreibungen auf das Sach- und Anlagevermögen (SAV) und Nettoinvestitionen (N) in das SAV des Geschäftsjahres wie folgt berechnet:

$$ID = SAV/N \times 100 \text{ in \%}.$$

Der Wert, den ID einnimmt, beschreibt, in welchem Maße die Neuinvestitionen aus Abschreibungsgegenwerten finanziert werden konnten.

Die **wirtschaftliche Eigenkapitalquote** (EQ) ist das Spiegelbild der Fremdkapitalquote. Sie wird unter Zuhilfenahme der Größen Eigenkapital (EK) und Gesamtkapital (GK) wie folgt errechnet:

$$EQ = EK/GK \times 100 \text{ in \%}.$$

Die **Eigenkapitalrentabilität** wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresüberschuss (JO) und Eigenkapital (EK) wie folgt berechnet:

$$\text{EKR} = \text{JO} / \text{EK} \times 100 \text{ in } \%$$

Die **Eigenkapitalreichweite** (EKRW) wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresfehlbetrag (JF) und Eigenkapital (EK) wie folgt berechnet:

$$\text{EKRW} = \text{EK} / \text{JF}.$$

Wenn es zu einem Verlustausgleich durch die Gemeinde kommt, erfolgt eine zweifache Berechnung und Darstellung der Eigenkapitalreichweite: einmal mit und einmal ohne Verlustausgleich durch die Gemeinde.

Die **kurzfristige Liquidität** (LQ<sub>3</sub>) ist die sog. Liquidität 3. Grades. Sie wird unter Zuhilfenahme der Größen Umlaufvermögen (UV) und kurzfristiges Fremdkapital (kFK) wie folgt berechnet:

$$\text{LQ}_3 = \text{UV} / \text{kFK} \times 100 \text{ in } \%.$$

Bei der Liquiditätsanalyse geht es zunächst einmal um die Einhaltung von Deckungsregeln. Damit ist die Frage der Fristenkongruenz gemeint. Langfristig im Unternehmen gebundenes Vermögen muss langfristig finanziert und kurzfristig gebundenes Vermögen kann kurzfristig finanziert werden.

So wichtig diese sog. goldene Bilanzregel auch ist, muss gleichwohl der Aussagewert der Liquiditätskennziffer hinterfragt werden. Sie wird im Beteiligungsbericht des TWZ verwendet, weil der Gesetzgeber der Gemeindeordnung die Verwendung dieser Kennziffer empfohlen hat.

Die **Gesamtkapitalrendite** (GKR) oder Gesamtkapitalrentabilität wird unter Zuhilfenahme der Größen Jahresüberschuss/ -fehlbetrag (J) + Zinsaufwand (Z) auf der einen Seite dividiert durch Gesamtkapital (GK) auf der anderen Seite wie folgt berechnet:

$$\text{GKR} = (\text{J} + \text{Z}) / \text{GK} \times 100 \text{ in } \%.$$

Das Ergebnis beschreibt die Effizienz und Verzinsung des gesamten im Unternehmen eingesetzten Kapitals.

Die **Effektivverschuldung** (ES) weist die Schulden aus, die nicht durch kurzfristiges Vermögen abgedeckt sind. Zur Ermittlung dieser Kennziffer wird vom Fremdkapital (FK) das kurzfristige Vermögen (kV) abgezogen. Zum kurzfristigen Vermögen gehören die liquiden Mittel und die Forderungen:

$$\text{ES} = \text{FK} - \text{kV} \text{ in T€}.$$



### 3.3.2 Übersicht über die Kennzahlen

	2013	2014	2015	2016
<b>Personalintensität in %</b>	<b><u>28,9</u></b>	<b><u>30,7</u></b>	<b><u>31,7</u></b>	<b><u>30,3</u></b>
<u>Personalkosten (T€)</u>	3.843	4.135	4.307	4.248
<u>Umsatz (T€)</u>	13.286	13.483	13.569	14.040
<b>Arbeitsproduktivität (T€)</b>	<b><u>184,5</u></b>	<b><u>187,3</u></b>	<b><u>183,4</u></b>	<b><u>195,0</u></b>
<u>Umsatz (T€)</u>	13.286	13.483	13.569	14.040
Anzahl Mitarbeiter, ohne Azubi	72	72	74	72
Zunahme/Abnahme Mitarbeiter in %	1,4	0,0	2,8	-2,7
Zunahme/Abnahme Personalkosten in %	0,0	7,6	4,2	-1,4
<b>Anlagenintensität in %</b>	<b><u>85,7</u></b>	<b><u>84,5</u></b>	<b><u>87,3</u></b>	<b><u>85,1</u></b>
<u>Anlagevermögen (T€)</u>	78.766	78.401	77.959	77.716
<u>Bilanzsumme (T€)</u>	91.950	92.791	89.262	91.285
<b>Fremdkapitalquote in %</b>	<b><u>68,9</u></b>	<b><u>69,4</u></b>	<b><u>68,4</u></b>	<b><u>68,4</u></b>
<u>Fremdkapital (T€)</u>	63.389	64.389	61.026	62.476
<u>Gesamtkapital (T€)</u>	91.950	92.791	89.262	91.285
<b>Investitionsdeckung in %</b>	<b><u>76,5</u></b>	<b><u>109,7</u></b>	<b><u>109,0</u></b>	<b><u>106,5</u></b>
<u>Abschreibungen (T€)</u>	3.584	3.627	3.662	3.630
<u>Investitionen (T€)</u>	4.684	3.307	3.359	3.409
<b>wirtschaftl. Eigenkapitalquote in %</b>	<b><u>31,1</u></b>	<b><u>30,6</u></b>	<b><u>31,6</u></b>	<b><u>31,6</u></b>
<u>Eigenkapital (T€)</u>	28.561	28.402	28.236	28.809
<u>Gesamtkapital (T€)</u>	91.950	92.791	89.262	91.285
<b>Eigenkapitalrendite in %</b>	<b><u>0,9</u></b>	<b><u>0,3</u></b>	<b><u>0,1</u></b>	<b><u>1,8</u></b>
<u>Jahresüberschuss /- fehlbetrag (T€)</u>	265	83	17	522
<u>Eigenkapital (T€)</u>	28.561	28.402	28.236	28.809
<b>kurzfristige Liquidität in %</b>	<b><u>186,0</u></b>	<b><u>191,7</u></b>	<b><u>277,4</u></b>	<b><u>226,7</u></b>
<u>kurzfristiges Umlaufvermögen (T€)</u>	13.123	14.218	11.297	13.569
<u>kurzfristige Verbindlichkeiten (T€)</u>	7.056	7.417	4.072	5.985
<b>Gesamtkapitalrendite in %</b>	<b><u>2,2</u></b>	<b><u>2,0</u></b>	<b><u>2,0</u></b>	<b><u>2,4</u></b>
<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag+ Zinsen</u>	2.040	1.865	1.749	2.204
<u>Gesamtkapital</u>	91.950	92.791	89.262	91.285
<b>Langfristiger FK-Anteil in %</b>	<b><u>88,9</u></b>	<b><u>88,5</u></b>	<b><u>93,2</u></b>	<b><u>90,4</u></b>
<u>langf. Fremdkapital</u>	56.333	56.972	56.849	56.492
<u>Fremdkapital</u>	63.389	64.389	61.026	62.476
<b>Effektivverschuldung in T€</b>	<b><u>50.266</u></b>	<b><u>50.171</u></b>	<b><u>49.729</u></b>	<b><u>48.907</u></b>
<u>Fremdkapital (T€) abzüglich des</u>	63.389	64.389	61.026	62.476
<u>Umlaufvermögens (T€)</u>	13.123	14.218	11.297	13.569

### 3.4 Lagebeurteilung der Gesellschaft

#### 3.4.1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2016 haben zwei **Aufsichtsratssitzungen**, eine am 23. Juni und eine am 19. Oktober 2016, stattgefunden.

Im Juni 2016 wurden im Wesentlichen die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2015 besprochen. Der Aufsichtsrat empfahl der Verbands- bzw. der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss festzustellen, den Aufsichtsrat zu entlasten und das positive Ergebnis in Höhe von 16,6 T€ auf neue Rechnung vorzutragen. Der Geschäftsführer gab Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft.

Am 18. August 2016 ist die 31. Gesellschafterversammlung durchgeführt worden. Gegenstand der Gesellschafterversammlung waren die Beschlüsse der 48. Verbandsversammlung vom 18. August 2016. Im Wesentlichen wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 festgestellt, der Aufsichtsrat entlastet und beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 16,6 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Im Oktober 2016 hat der Aufsichtsrat in seiner 45. Sitzung den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017 beraten und im Ergebnis einstimmig gebilligt. Die Geschäftsführung informierte den Aufsichtsrat erneut über die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft. Es gab keine Anhaltspunkte, welche die Vorgaben aus der Planung ernsthaft in Frage stellen würden.

Da die Anzahl der beim Systempreis zu berücksichtigenden Wohnungen bzw. Wohneinheiten der sonstigen Abnehmer größer ausfiel, als auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen (Zensus 2011) zunächst angenommen wurde, informierte der Geschäftsführer den Aufsichtsrat über zu erwartende Mehreinnahmen im Geschäftsjahr 2016.

Der **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016** wurde im August/September 2015 von der Geschäftsführung aufgestellt. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes wurden die Planzahlen aus den Vorjahren unter Berücksichtigung der Ergebnisse der letzten Jahresabschlüsse ergänzt und fortgeschrieben. Dort, wo es nötig war, wurden Anpassungen und Präzisierungen vorgenommen.

Die **Wasserbruttoförderung**, inklusive des Wasserbezuges von Dritten, fiel mit insgesamt 5.279,8 Tm<sup>3</sup>/a um 36,3 Tm<sup>3</sup>/a bzw. 0,68 % geringer aus, als im Vorjahr.

Der **Eigenwasserverbrauch** zum Betrieb der beiden Wasserwerke in Altenberg und Klingenberg kann mit 533,3 Tm<sup>3</sup> bzw. 10,0 % der Jahreswasserbruttoförderung angegeben werden. Der Eigenverbrauch ist gegenüber dem Vorjahr um 44,4 Tm<sup>3</sup> leicht gestiegen. Für notwendige Spülungen des Rohrnetzes und der Hydranten sowie zur Reinigung der Hochbehälter wurden 69,6 Tm<sup>3</sup> Wasser benötigt.

Die **Rohrnetzverluste**, einschließlich Fremdwasserentnahmen (z.B. Feuerwehr), haben sich, bei rückläufiger Anzahl der Rohrbrüche, um 126,2 Tm<sup>3</sup> auf 153,7 Tm<sup>3</sup> verringert.

Aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft aus wirtschaftlichen Gründen die Wasserverbräuche im rollierenden Verfahren innerhalb einer qualifizierten bzw. maschinellen Schätzung (Hochrechnung der Vorjahresverbräuche) abrechnet und deshalb keine Stichtagsablesung zum Jahresende vornimmt, sind die ermittelten Rohrnetzverluste insoweit nur vorläufig.

Insgesamt waren die Rohrnetzverluste (1990: > 50 %) in den letzten beiden Jahrzehnten aufgrund der permanenten Anstrengungen der Gesellschaft zur planmäßigen Erneuerung des Leitungsbestandes stetig rückläufig und haben sich auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Auf der Grundlage der allgemein anerkannten Regeln der Technik bzw. des Arbeitsblattes W 392 der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) betragen die spezifischen Wasserverluste bezogen auf das gesamte Leitungsnetz (955 km), ohne die Berücksichtigung von Hausanschlüssen,  $0,018 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{km})$ . Bei überwiegend ländlich geprägten Versorgungsstrukturen werden spezifische Wasserverluste im Bereich bis  $0,05 \text{ m}^3/(\text{h} \cdot \text{km})$  der Kategorie „geringe Wasserverluste“ zugeordnet.

Obwohl der für 2016 ermittelte Durchschnittswert dem vorgegebenen Bereich zuzuordnen ist, ergibt sich gleichwohl aufgrund der ungünstigen Verteilung des Rohrnetzalters über den gesamten Leitungsbestand hinweg ein sehr viel differenzierteres Bild. Versorgungsgebiete bzw. Leitungsabschnitte mit hohen spezifischen Wasserverlusten stehen solchen mit sehr geringen gegenüber.

Aufgrund der **kontinuierlichen Investitionen in den Netzausbau** in den letzten beiden Jahrzehnten mussten 2016 nur 136 Schäden auf Rohrleitungen registriert und repariert werden.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 136 **Rohrbrüche** (i.Vj. 123; 1990: ca. 1.400) beseitigt, 54 Hausanschlüsse (i.Vj. 51) vom Versorgungsnetz getrennt, 7 defekte Armaturen (i.Vj. 14) ausgetauscht, 205 Neuanschlüsse (i.Vj. 183) hergestellt und 82 Hausanschlüsse (i.Vj.95) ausgewechselt.

Auf das Rohrleitungsnetz (955 km) bezogen, ergibt sich bei 57 reparierten Rohrbrüchen auf Versorgungsleitungen die spezifische Schadensquote zu 0,06 Rohrbrüchen pro Kilometer. 79 Rohrbrüche wurden auf Hausanschlüssen festgestellt. Dies entspricht einer Schadensquote von 3,3 Rohrbrüchen pro 1.000 Hausanschlüssen (24.261 Stk.).

Beide Kennzahlen werden u.a. zur Beurteilung des technischen Zustandes eines Rohrleitungsnetzes herangezogen. Im Arbeitsblatt des DVGW W 400-3 als allgemein anerkannte Regel der Technik werden Rohrnetze mit vorbenannten Kennzahlen in die Kategorie „niedrige Schadensrate“ eingeordnet.

Diese Einschätzung korrespondiert mit der Kennziffer „geringe Wasserverluste“. Ergänzend muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es sich hier um Durchschnittswerte handelt, die je nach dem Erhaltungsgrad der Rohrnetzbereiche starken Schwankungen unterliegen.

Die Gesellschaft hält auch künftig bei Unterstellung einer 100-jährigen Nutzungsdauer daran fest, mindestens 1 % des Leitungsbestandes, inklusive Hausanschlüsse, pro Jahr zu erneuern. Allein hierfür sind bei Annahme von durchschnittlich 250 € pro Meter jedes Jahr 2.995 T€ aufzubringen bzw. einzuplanen.

Insgesamt belief sich die **Zahl der Einzelbaumaßnahmen** unter Berücksichtigung der Kategorie „sonstige Baumaßnahmen“ (180 Stk.) auf 664 Stk. (i.Vj. 642 Stk.). 80,3 % der vorbenannten Baumaßnahmen wurden durch eigenes Personal realisiert.

Detaillierte Auswertungen aus den Vorjahren haben gezeigt, dass neben der permanenten und schnellen Verfügbarkeit eigenen Personals, dieses auch imstande war, die Bauleistungen gleich oder günstiger, als es die Vergabe an Dritte ergeben hätte, zu realisieren.

Der insbesondere im letzten Jahr überproportionale Anstieg der Kosten für Bauleistungen macht deutlich, dass zurzeit die Nachfrage in Abhängigkeit vom Jahresverlauf größer als die am Markt verfügbaren Kapazitäten ist. Insoweit ist es im Interesse der Bauherren bei der Realisierung der Hausanschlüsse kurzfristig und unabhängig von Dritten auf eigenes Personal zugreifen zu können.

Fremdfirmen haben im Zuge des Austausches alter und verschlissener Versorgungsleitungen gleichfalls wie im Vorjahr 42 Hausanschlüsse erneuert.

Der in den letzten Jahren festgestellte Trend des Rückganges von Tiefbaumaßnahmen setzt sich 2016, gleichfalls wie 2015, nicht fort. Die Entwicklung wird zu beobachten sein. Kurzfristige Änderungen am Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdleistungen sind nicht geplant.

Von den 136 Rohrbrüchen ereigneten sich mehr als die Hälfte, nämlich 79 (58 %), auf Hausanschlüssen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Anteil der Hausanschlüsse mit zusammen 243 km ca. 20 % ( $243/(243+955)$ ) des Rohrleitungsbestandes ausmacht, ist die Schadensrate 5,45-mal so hoch wie auf Versorgungsleitungen.

Es ist deshalb auch weiterhin wichtig bei allen Grundstückseigentümern dafür zu werben, dass bei der Erneuerung der Versorgungsleitungen gleichzeitig die verschlissenen Hausanschlüsse über den öffentlichen Bereich hinaus auch auf dem privaten Grundstück mit ausgetauscht werden.

Die realisierten Investitionen der letzten 26 Jahre führten spürbar zur Verminderung der Aufwendungen für Instandhaltung und Wartung des Rohrnetzes sowie der Pump- und Wasserwerke. Beispielsweise wird heute der gesamte Zinsaufwand, bei seit 1995 stabilen Wasserentgelten, aus Einsparungen beim Betrieb und der Instandhaltung der Anlagen und der Rohrnetze finanziert.

#### **3.4.1.1 Aufwendungen**

Die Planposition „**Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**“ in Höhe von 2.493,1 T€ wurde um 134,7 T€ bzw. 5,4 % unterschritten. Der Rückgang resultiert im

Wesentlichen aus einem geringeren Aufwand für Energie- und Kraftstofflieferungen. Insbesondere die Aufwendungen für den Einkauf von Strom entwickelten sich entgegen den Planungserwartungen rückläufig.

Durch die Einführung und strikte Umsetzung eines nunmehr zertifizierten Energiemanagementsystems wird künftig der Schwerpunkt auf eine größere Energieeffizienz und damit auf die Einsparung von Strom gelegt. Zusätzlich erfüllt die Gesellschaft mit dem realisierten Energiemanagementsystem die Anspruchsvoraussetzungen auf die teilweise Rückerstattung der Stromsteuer.

Die „**Aufwendungen für bezogene Leistungen**“ haben sich um 194,0 T€ bzw. 17,3 % von ursprünglich geplanten 1.124,1 T€ auf 1.318,1 T€ erhöht. Die wesentlichen Mehraufwendungen resultieren aus der Position „Übrige Instandhaltungsmaßnahmen“ in Höhe von 144,5 T€. Aufgrund der sich abzeichnenden Mehrerlöse beim Systempreis wurden notwendige Instandhaltungsarbeiten aus Folgejahren vorgezogen.

Der **Personalaufwand** im Jahr 2016 betrug 4.247,9 T€. Er lag damit 66,1 T€ bzw. 1,5 % unter dem Planungsansatz. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich der Personalaufwand um 58,7 T€. Im Juni 2016 erfolgte die planmäßige Übernahme eines Auszubildenden als Ersatz für das altersbedingte Ausscheiden eines Mitarbeiters zum 31. Dezember 2017.

Die **Abschreibungen** haben sich gegenüber der Planung geringfügig um 25,5 T€ auf 3.629,7 T€ verringert. Die Ursache hierfür liegt in der Verschiebung von Baumaßnahmen in das Wirtschaftsjahr 2017. Zudem werden bereits im Wirtschaftsjahr 2016 begonnene Baumaßnahmen später als geplant fertiggestellt. Erst mit der Fertigstellung der Baumaßnahmen und anschließender Inbetriebnahme der Anlagen erfolgt ihre Aktivierung.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betrugen im Berichtsjahr 586,4 T€ und lagen um 101,8 T€ bzw. 14,8 % unter dem Planungsansatz. Diese Verringerung ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass beispielsweise Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten geringer ausfielen als es im Wirtschaftsplan vorsorglich geplant wurde.

Der **Aufwand für Kreditzinsen**, einschließlich sonstiger Zinsen, betrug 1.681,9 T€ (i.Vj. 1.731,5 T€). Das sind 12,3 T€ bzw. 0,7 % weniger als in der Planung veranschlagt worden ist und 49,6 T€ weniger gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund des aus historischer Sicht äußerst niedrigen Zinsniveaus und erster leiser Anzeichen einer bevorstehenden Zinswende wurde der beschlossene Kreditrahmen fast vollständig ausgeschöpft, obwohl einige Baumaßnahmen verschoben und weitere später als geplant, fertiggestellt werden.

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde ein Kredit in Höhe von 2.700 T€ aufgenommen und Umschuldungen in Höhe von 3.811,9 T€ vorgenommen.

Die geplanten finanziellen Überhänge wurden bei der Fortschreibung der Kreditaufnahme im Rahmen der Planung für das Wirtschaftsjahr 2017 (August 2016) berücksichtigt. Weitere Präzisierungen der Kreditaufnahme erfolgen im Jahresverlauf 2017.

Der Ermittlung der **Ertragsteuerbelastung** (0 T€) lagen sehr vorsichtige Annahmen auf der Einnahmenseite zugrunde. Es wurde ein Jahresverlust in Höhe von 430,6 T€ geplant.

Ein größerer Wohnungsbestand im Jahresmittel (ca. +9 %), eine größere Anzahl der maßgebenden Wohneinheiten (sonstige Abnehmer) und ein Zuwachs des Absatzes von 197,2 Tm<sup>3</sup> gegenüber den Ansätzen aus der Planung sind wesentliche Gründe dafür, dass höhere Einnahmen aus Trinkwasserentgelten generiert wurden. Bei weitestgehend gleichen Gesamtaufwendungen führen die außerplanmäßigen Einnahmen zu einem Jahresüberschuss von 522,0 T€, der mit 291,4 T€ versteuert wird.

### **3.4.1.2 Einnahmen**

Im Geschäftsjahr 2016 sind 3.777,2 Tm<sup>3</sup> Trinkwasser an Endkunden verkauft worden. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein leichter Anstieg von 52 Tm<sup>3</sup> bzw. 0,01 %. Obwohl der geplante Absatz von Trinkwasser für 2016 gegenüber 2015 um 80 Tm<sup>3</sup> vorsichtig auf 3.580,0 Tm<sup>3</sup> angehoben wurde, beträgt der Absatzzuwachs gegenüber der Planung 197,2 Tm<sup>3</sup> bzw. 5,5 %.

Es ist noch zu früh, allein als Ursache für den Absatzanstieg die Umstellung der Tarifstruktur heranzuziehen. Fest steht jedoch, dass bisher 125 Anschlussnehmer ihre Eigenwasserversorgungsanlagen nachweislich zurückgebaut haben und ihren Wasserbedarf nunmehr allein aus der öffentlichen Anlage decken.

Aufgrund des rollierenden Abrechnungsverfahrens wird bei den damit verbundenen Hochrechnungen der Trinkwasserverbräuche zum 31. Dezember 2016, in Abhängigkeit des Datums der Jahresschlussrechnung, anteilig auf den Wasserverbrauch des Vorjahres zurückgegriffen. Das Jahr 2015 war sehr warm und zeitweise fielen insbesondere in den Sommermonaten geringe Niederschläge. Das sah 2016 etwas anders aus.

Es ist nicht auszuschließen, dass trotz vorsichtiger Bewertung der maschinellen Hochrechnung die Ergebnisse für das Wirtschaftsjahr 2016 ggf. etwas zu hoch ausfielen.

An Dritte wurden 798,9 Tm<sup>3</sup> Trinkwasser weiterverteilt. Dies sind 9,4 Tm<sup>3</sup> bzw. 2,4 % mehr als im Vorjahr.

Trotz der letzten drei guten Jahre wird insgesamt eingeschätzt, dass der Absatz von Trinkwasser mit der demographischen Entwicklung eng verknüpft ist. Demnach ist davon auszugehen, dass der Trinkwasserbedarf im langfristigen Trend dem der Demographie folgen wird.

Damit wird der künftige Trinkwasserabsatz bestenfalls stagnieren, aber doch eher leicht rückläufig sein. Neuere Erhebungen zur demographischen Entwicklung müssen abgewartet, analysiert und in späteren Planungen berücksichtigt werden.

Inwieweit der Bevölkerungsrückgang mit dem durch den Klimawandel indizierten Wassermehrverbrauch in den Sommermonaten zumindest teilweise kompensiert werden kann, lässt sich heute nicht hinreichend genau abschätzen. Auch hier muss die künftige Entwicklung weiter beobachtet werden.

Gegenüber dem Vorjahr (12.161,6 T€) sind die Einnahmen aus Trinkwasserentgelten um 350,1 T€ auf 12.511,7 T€ gestiegen. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beträgt 2,9 %. Der Anteil des Anstieges aus der Umstellung auf den Systempreis beträgt 84,0 T€ bzw. 24 %.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** liegen mit 126,6 T€ um 28,8 T€ über dem Planungsansatz von 97,8 T€. Die Mehreinnahmen resultieren im Wesentlichen aus der Zuweisung von Fördermitteln (21,2 T€) für die Schadensbeseitigung aus dem Hochwasser von 2013. Diese stellen einen Aufwandsersatz für die in Vorjahren außerplanmäßig angefallenen Instandhaltungsaufwendungen für geschädigte Anlagen dar.

Den Zinsaufwendungen stehen wegen der guten Liquiditätslage der Gesellschaft **Zinserträge** in Höhe von 34,9 T€ gegenüber.

### **3.4.1.3 Ergebnis und Fazit**

Die gesamten Aufwendungen, inklusive Steuern, beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf 14.130,7 T€. Sie fallen damit um 141,0 T€ bzw. 1,0 % höher aus, als in der Planung (13.989,7 T€) ursprünglich vorgesehen war. Den Gesamtaufwendungen stehen Erlöse in Höhe von 14.652,6 T€ gegenüber. Dies sind 1.093,5 T€ bzw. 8,1 % mehr als im Wirtschaftsplan ausgewiesen wurde.

Dem geplanten handelsrechtlichen Jahresfehlbetrag in Höhe von 430,6 T€ steht ein Jahresüberschuss in Höhe von 522,0 T€ gegenüber. Die Ergebnisverbesserung beträgt 952,6 T€. Die Geschäftsführung empfiehlt, den erzielten Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Man muss sich vor diesem guten und so nicht erwartbaren Ergebnis nochmals vor Augen führen, dass zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Neuen Tarifstruktur in der 46. Verbandsversammlung am 23. Juli 2015 aufgrund der noch nicht endgültig abgeschlossenen Befragung der Grundstückseigentümer zur Anzahl der Wohnungen pro Gebäude und der Wohneinheiten für sonstige Abnehmer wirtschaftliche Risiken und Unsicherheiten bestanden. Sie wurden auch so in der Verbandsversammlung kommuniziert.

Die Beschlussfassung zu diesem Zeitpunkt war aber für den nötigen Vorlauf bzw. der Umstellung des gesamten Abrechnungssystems als Voraussetzung für die reibungslose Einführung der Neuen Tarifstruktur zum 01. Januar 2016 notwendig.

Auch bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes im August 2015 für das Wirtschaftsjahr 2016 setzte sich die unzulängliche Datenlage auf der Einnahmenseite fort. Insoweit mussten aufgrund noch ausstehender endgültiger Angaben zur Anzahl der Wohnungen und der maßgeblichen heranzuziehenden Wohneinheiten der sonstigen Abnehmer als Bemessungsgrundlage für den Systempreis, sehr vorsichtige und konservative Schätzungen auf der Grundlage des Zensus 2011 und eigener Unterlagen vorgenommen werden.

Die beschlossene Tarifumstellung stieß am Anfang nicht bei allen Abnehmergruppen auf ungeteilte Zustimmung. Widersprüche und Einwände wurden mit umfangreichen Erläuterungen abgearbeitet. Insgesamt kann jedoch von einer breiten Akzeptanz ausgegangen werden. Anfängliche Zahlungsverweigerungen waren die absolute Ausnahme.

Die **Liquidität** der Gesellschaft hat sich gegenüber den Vorjahren im Jahresdurchschnitt nicht nennenswert verändert. Sie kann über die letzten Jahre hinweg als gut eingeschätzt werden. Ursächlich hierfür sind Jahresüberschüsse der Vorjahre aufgrund geringerer Aufwendungen auf der einen und nicht geplanter Mehreinnahmen auf der anderen Seite. In den Folgejahren sollen diese liquiden Reserven zum Ausgleich geplanter handelsrechtlicher Verluste bei gleichbleibenden Wasserentgelten verwendet werden.

Bei der diesjährigen Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2016 ist zu berücksichtigen, dass die Ursachen für die hohe Liquidität (10.824,1 T€) beispielsweise auch in Kreditüberhängen (2.092,2 T€) und nach dem Stichtag eingegangenen Rechnungen für Leistungen des Vorjahres liegen. Zudem hat die Commerzbank AG die für den 30. Dezember 2016 vereinbarten Tilgungszahlungen in Höhe von 1.343,8 T€ erst zum ersten Arbeitstag des neuen Jahres abgebucht.

Trotz der stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann die Gesellschaft kalkulatorische Kosten aufgrund der derzeitigen Höhe der Wasserentgelte nicht darstellen. Zudem gibt es große Unsicherheiten, ob die Landeskartellbehörde des Freistaates Sachsen ihre bisherige Auffassung wegen der damit verbundenen zusätzlichen Anhebung der Wasserentgelte ändern würde. Kalkulatorische Zinsen und/oder eine Eigenkapitalverzinsung sind seit 1994 kein Bestandteil der Wasserentgeltkalkulation.

#### **3.4.1.4 Schuldenstand und Investitionstätigkeit**

Im Berichtsjahr wurden **Investitionen** in Höhe 3.409,1 T€ (i.Vj. 3.359,4 T€) realisiert.

Die **Kreditverbindlichkeiten** bzw. die Restschuld der Gesellschaft aus ihrer Investitionstätigkeit seit 1990 belaufen sich unter Berücksichtigung des im Wirtschaftsjahr 2016 aufgenommen Darlehens in Höhe von 2.700,0 T€ und gleichzeitiger Tilgung in Höhe von



2.697,2 T€ zum Stichtag am 31. Dezember 2016 auf 58.288,2 T€ (i.Vj. 58.285,4 T€). Die Erhöhung der Restverschuldung beträgt 2,8 T€ bzw. 0,005 %.

Zusätzlich sind zum 31. Dezember 2016 in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Zinsabgrenzungen in Höhe von 152,4 T€ enthalten. Zudem ist ein bei der Commerzbank AG planmäßig zum 30. Dezember 2016 (letzter Bankarbeitstag) umgeschuldetes Darlehen berücksichtigt worden. Der Abruf des von der Deutschen Kreditbank AG zur Verfügung gestellten Umschuldungsbetrages wurde durch die Commerzbank AG nicht wie vorgesehen im alten Jahr, sondern erst zum 02. Januar 2017 abgerufen. Die Buchung erfolgte mit Wertstellung 02. Januar 2017.

Tendenziell wird die **nominale Restverschuldung** in den nächsten Jahren auf sehr niedrigem Niveau unter Berücksichtigung der langfristig geplanten Investitionsbudgets und der notwendigen Indizierung der Baupreise entsprechend leicht zunehmen.

Bei Berücksichtigung des künftigen Kreditvolumens (Restschuld) wird die Gesellschaft in den kommenden Jahren eine **stabile** Finanzierungsstruktur erreichen, bei der sich Ersatzinvestitionen, Abschreibungen, Kredittilgungen und Kreditaufnahmen in etwa entsprechen. Das Anlagevermögen wird in seiner Substanz dadurch konstant gehalten.

Damit werden die Lasten künftig fair zwischen den Generationen verteilt und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Wasserversorgung wird insgesamt gewährleistet.

Die so angestrebte Finanzierungsstruktur beinhaltet keine besonderen Risiken oder Bestandsgefährdungen. Das Finanzierungskonzept ist betriebswirtschaftlich sinnvoll und führt zu stabilen Strukturen.

An diesen Überlegungen ändert der Einbezug der Auswirkungen der Inflation grundsätzlich nichts. Auch unter Inflation werden die oben beschriebenen stabilen Verhältnisse erreicht, allerdings mit dem Unterschied, dass ein höheres nominales Vermögen vorliegt. An den realen Verhältnissen ändert sich dadurch nichts.

Die der Kommunalaufsicht eingereichten Bürgschaften des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe für Darlehensaufnahmen zur Finanzierung der Investitionstätigkeit der Gesellschaft wurden ohne Auflagen genehmigt.

### **3.4.2 Organisation und Personalentwicklung**

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt insgesamt 72 Arbeitnehmer. Darin enthalten war eine Auszubildende, die nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung im Unternehmen eingestellt wurde.

Grundlegende Änderungen an der Organisationsstruktur des Unternehmens wurden nicht vorgenommen und sind auch mittelfristig nicht geplant. Kapazitätsengpässe im Tiefbaubereich werden u. a. durch den Bezug von Fremdleistungen ausgeglichen.

### **3.4.3 Prognose, Chancen und Risiken**

Wie bereits in den vergangenen Jahren regelmäßig angesprochen, sind auch weiterhin der prognostizierte Bevölkerungsrückgang und die damit einhergehende geringere durchschnittliche Auslastung der Anlagen sowohl ein technisches als auch ein wirtschaftliches Problem, vor dem man die Augen nicht verschließen darf.

Andererseits ist es eine unbestrittene Tatsache, dass aufgrund des Klimawandels und längerer Trockenperioden die Abnahmespitzen (max. Auslastung der Anlagen), wie beispielsweise im Jahrhundertsommer 2003 beobachtet, weiter zunehmen werden.

Hier gilt es abzuwarten, ob und inwieweit die Prognosen auch tatsächlich Wirklichkeit werden. Es zeichnet sich jedoch schon heute ab, dass der Bevölkerungsrückgang oberhalb von Dippoldiswalde größer ausfällt als im Speckgürtel der Landeshauptstadt Dresden.

Dort, wo die Auswirkungen der demographischen Entwicklung am größten sind, wurden nach 1990 nicht alle Ortsteile an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Zudem spielt hier die Substitution von Trinkwasser durch Regen- oder Brunnenwasser eine größere Rolle als anderswo.

Beide Faktoren lassen erwarten, dass sich der Bevölkerungsrückgang nicht eins zu eins auf den Trinkwasserbedarf auswirkt. Insoweit plant die Gesellschaft mittel- und langfristig auch weiterhin mit einem Verbrauchsrückgang von mindestens 0,5 % pro Jahr.

Mit der Einführung der neuen Tarifstruktur zum 1. Januar 2016 und der Anhebung des Grund- bzw. Systempreises auf 60 % der Gesamtaufwendungen (bisher 23 %) erfolgte eine weitestgehende Entkopplung der Einnahmen von der Absatzentwicklung. Zudem sinkt mit der Absenkung des Mengenpreises von 2,74 auf 1,45 €/m<sup>3</sup> der Anreiz, Trinkwasser durch Wasser aus Hausbrunnen und Regenwassernutzungsanlagen zu ersetzen.

Diese wichtige und wegweisende Entscheidung der Verbandsversammlung wird zu größerer wirtschaftlicher Stabilität führen.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017, einschließlich des beigefügten Wirtschaftsplanes der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, ist in der 49. Verbandsversammlung am 15. Dezember 2016 beschlossen worden. Im Wirtschaftsplan 2017 sind Aufwendungen in Höhe von 13.949,0 T€ geplant. Den Aufwendungen stehen Einnahmen in Höhe von 13.923,3 T€ gegenüber. Daraus ergibt sich ein geplanter Jahresfehlbetrag in Höhe von 25,7 T€, der aus Rücklage der Gesellschaft ausgeglichen werden soll.

Unter Berücksichtigung der heute mit Bestimmtheit vorliegenden Zahlen zur Ermittlung des Systempreises (Wohnungen, Wohneinheiten) wird der Jahresfehlbetrag (25,7 T€) bei sonst gleichbleibenden Bedingungen so nicht eintreten.

#### **3.4.4 Sonstige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung eingetreten.

### 3.5 Vergleich der Bilanzen zum 31.12.2016, 31.12.2015, 31.12.2014 aus den entsprechenden Jahresabschlüssen

Bilanzposten	2016 T€	2015 T€	2014 T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>77.716</b>	<b>77.959</b>	<b>78.401</b>
<i>nachrichtlich: Zugänge Anlagevermögen</i>	3.409	3.359	3.307
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	594	394	392
II. Sachanlagen	77.122	77.565	78.009
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>13.561</b>	<b>11.297</b>	<b>14.378</b>
I. Vorräte	142	158	160
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.595	2.366	5.205
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	10.824	8.773	9.013
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>8</b>	<b>6</b>	<b>12</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>91.285</b>	<b>89.262</b>	<b>92.791</b>
Bilanzposten	2016 T€	2015 T€	2014 T€
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>17.458</b>	<b>16.953</b>	<b>16.952</b>
I. Gezeichnetes Kapital	511	511	511
II. Kapitalrücklage	11.870	11.886	11.902
III. Gewinnvortrag	4.555	4.539	4.456
IV. Jahresüberschuss	522	17	83
<b>B. Sonderposten für Baukostenzuschüsse</b>	<b>11.350</b>	<b>11.283</b>	<b>11.450</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>1.988</b>	<b>1.921</b>	<b>1.911</b>
1. kurzfristige Rückstellungen	767	708	845
2. mittel- und langfristige Rückstellungen	1.221	1.213	1.066
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>60.489</b>	<b>59.105</b>	<b>62.478</b>
1. kurzfristige Verbindlichkeiten	4.845	3.364	6.572
2. mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	55.644	55.741	55.906
<b>Bilanzsumme</b>	<b>91.285</b>	<b>89.262</b>	<b>92.791</b>

### 3.6 Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung aus der Planung 2016 mit den Ergebnissen des Jahresabschlusses 2016

	<b>Gliederungsposition</b>	<b>2014 T€</b>	<b>2015 T€</b>	<b>Planung 2016 T€</b>	<b>Abschluss 2016 T€</b>	<b>Vgl. 2016 T€</b>	<b>Vgl. 2016 %</b>
1.	Umsatzerlöse	13.483	13.569	12.898	14.040	1.142	8,9%
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen Erzeugnissen	0	-1	0	0	0	-
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	501	484	532	451	-81	-15,2%
4.	Sonstige betriebliche Erträge	88	253	98	127	29	29,6%
<b>A.</b>	<b>Unternehmenserträge</b>	<b>14.072</b>	<b>14.305</b>	<b>13.528</b>	<b>14.618</b>	<b>1.090</b>	<b>8,1%</b>
5.	Materialaufwand	3.630	3.697	3.617	3.677	60	1,7%
6.	Personalaufwand	4.136	4.307	4.314	4.248	-66	-1,5%
7.	Abschreibungen	3.627	3.662	3.655	3.630	-25	-0,7%
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	778	719	680	586	-94	-13,8%
<b>B.</b>	<b>Unternehmensaufwendungen</b>	<b>12.171</b>	<b>12.385</b>	<b>12.266</b>	<b>12.141</b>	<b>-125</b>	<b>-1,0%</b>
<b>C.</b>	<b>Betriebsergebnis</b>	<b>1.901</b>	<b>1.920</b>	<b>1.262</b>	<b>2.477</b>	<b>1.215</b>	<b>96,3%</b>
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	158	34	31	35	4	12,9%
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.782	1.731	1.694	1.682	-12	-0,7%
<b>D.</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-1.624</b>	<b>-1.697</b>	<b>-1.663</b>	<b>-1.647</b>	<b>16</b>	<b>-1,0%</b>
<b>E.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>277</b>	<b>223</b>	<b>-401</b>	<b>830</b>	<b>1.231</b>	<b>-307,0%</b>
12.	außerordentliche Erträge	14	0	0	0	0	
13.	außerordentliche Aufwendungen	8	8	0	0	0	
<b>F.</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>6</b>	<b>-8</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
14.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	180	173	21	291	270	1285,7%
15.	Sonstige Steuern	20	25	8	17	9	112,5%
<b>G.</b>	<b>Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag</b>	<b>83</b>	<b>17</b>	<b>-430</b>	<b>522</b>	<b>952</b>	

#### 4. Impressum

Herausgeber : Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

Verfasser : Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH  
Dresdner Straße 301  
01705 Freital

Telefon: 0351 648040, Telefax: 0351 6480455

E-Mail : [info@wwgmbh.de](mailto:info@wwgmbh.de), Internet : [www.wwgmbh.de](http://www.wwgmbh.de)

Geschäftsführer, Herr Kukuczka

(17Beteiligungsbericht\_2016\_OB.doc/Plan 2017)

## Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe

### Anlage Beteiligungsbericht 2016

Grundlage des Ansatzes des Beteiligungswertes der Verbandsmitglieder

Jahresabschluss 2016 Bilanz: Basiskapital,

inklusive Rücklagen = **17.458.482,45 €**

**Information zur Stimmenverteilung und dem Verteilerschlüssel der Vertreter zur  
Verbandsversammlung gemäß § 4 Absatz 1 der Verbandssatzung**

Grundlage : § 125 SächsGemO => " ist die vom Statistischen Landesamt zum  
30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl maßgebend"

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Bevölkerung im  
Weißeritzkreis am 30.06.2015 nach Gemeinden

lfd. Nr.	Stadt / Gemeinde	Ein- wohner	Stimmen- zahl	Anteil <sup>1)</sup> Stimmen in %	Anteil in €
1	Altenberg	8.125	9	8,49057%	1.482.323,98 €
2	Bannewitz	10.521	11	10,37736%	1.811.729,31 €
3	Dippoldiswalde	14.452	15	14,15094%	2.470.539,97 €
4	Dorfhain	1.092	2	1,88679%	329.405,33 €
5	Freital	39.578	40	37,73585%	6.588.106,58 €
6	Glashütte	6.788	7	6,60377%	1.152.918,65 €
7	Klingenberg	6.865	7	6,60377%	1.152.918,65 €
8	Kreischa für die Ortsteile Sobrigau, Bärenklause, Kautzsch und Babisnau	789	1	0,94340%	164.702,66 €
9	Wilsdruff für die Ortsteile Mohorn, Grund und Herzogs- walde	2.121	3	2,83019%	494.107,99 €
10	Rabenau	4.380	5	4,71698%	823.513,32 €
11	Tharandt	5.330	6	5,66038%	988.215,99 €
	<b>Summe 2016 :</b>	<b>100.041</b>	<b>106</b>	<b>100,00000%</b>	<b>17.458.482,45 €</b>

<sup>1)</sup> ermittelte Prozentwerte wurden nicht gerundet

Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktivseite	Haushaltsjahr	Vorjahr	Passivseite	Haushaltsjahr	Vorjahr
	in EUR			in EUR	
1. Anlagevermögen			1. Kapitalposition		
a) Immaterielle Vermögensgegenstände			a) Basiskapital	16.640.072,38	16.640.072,38
b) Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen			b) Rücklagen		
c) Sachanlagevermögen			aa) Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	818.410,07	312.477,97
aa) Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen			bb) Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses		
bb) Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen			cc) Rücklagen aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen		
cc) Infrastrukturvermögen			dd) Zweckgebundene und sonstige Rücklagen		
dd) Bauten auf fremdem Grund und Boden			c) Fehlbeträge		
ee) Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler			aa) Vortrag von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus den Vorjahren		
ff) Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge			bb) Fehlbetrag des Sonderergebnisses und Vortrag von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus den Vorjahren		
gg) Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere			cc) Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses		
hh) Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			2. Sonderposten		
d) Finanzanlagevermögen			a) Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen		
aa) Anteile an verbundenen Unternehmen	17.458.482,45	16.952.550,35	b) Sonderposten für Investitionsbeiträge		
bb) Beteiligungen			c) Sonderposten für den Gebührenaussgleich		
cc) Sondervermögen			d) Sonstige Sonderposten		
dd) Ausleihungen			3. Rückstellungen		
ee) Wertpapiere			a) Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen		
2. Umlaufvermögen			b) Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit		
a) Vorräte			c) Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Deponien		
b) Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen			d) Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten und sonstige Umweltschutzmaßnahmen		
c) Privatrechtliche Forderungen, Wertpapiere des Umlaufvermögens	16.225,50	16.049,70	e) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus steuerkraftabhängigen Umlagen im Rahmen des Finanzausgleichs		
d) Liquide Mittel			f) Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aufgrund von Steuerschuldverhältnissen		
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten			g) Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren sowie aus Bürgschaften, Gewährverträgen und wirtschaftlich		
4. Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag			h) Rückstellungen für unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung im Haushaltsjahr		
			i) Rückstellungen für sonstige vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen zur Gegenleistung gegenüber Dritten, die im laufenden Haushaltsjahr wirtschaftlich begründet wurden und die der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind		
			j) Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften und aus		
			k) sonstige Rückstellungen		
			4. Verbindlichkeiten		
			a) Verbindlichkeiten in Form von Anleihen		
			b) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
			c) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften		
			d) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
			e) Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		
			f) Sonstige Verbindlichkeiten	16.225,50	16.049,70
			5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten		
<b>Summe Aktiva</b>	<b>17.474.707,95</b>	<b>16.968.600,05</b>	<b>Summe Passiva</b>	<b>17.474.707,95</b>	<b>16.968.600,05</b>

Ergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./ Spalte 2)
		EUR				
		1	2	3	4	5
1	Steuern und ähnliche Abgaben darunter: Grundsteuern A und B Gewerbesteuer Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer					
2	+ Zuwendungen und Umlagen nach Arten sowie aufgelöste Sonderposten darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen sonstige allgemeine Zuweisungen allgemeine Umlagen aufgelöste Sonderposten					
3	+ sonstige Transfererträge					
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte					
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
7	+ Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen und ähnliche Erträge)	16.049,70	22.335,00		16.225,50	-6.109,50
8	+/- aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen					
9	+ sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00		505.932,10	
10	= <b>ordentliche Erträge</b> (Nummer 1 bis 9)	<b>16.049,70</b>	<b>22.335,00</b>		<b>522.157,60</b>	<b>-6.109,50</b>
11	Personalaufwendungen darunter: Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen Zuführungen zu Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit					
12	+ Versorgungsaufwendungen darunter: Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen für Versorgungsempfänger					
13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
14	+ planmäßige Abschreibungen					
15	+ Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Kapitalertragsteuer)	2.539,41	3.535,00		2.566,86	-968,14
16	+ Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen					
17	+ sonstige ordentliche Aufwendungen	13.510,29	18.800,00		13.658,64	-5.141,36
18	= <b>ordentliche Aufwendungen</b> (Nummer 11 bis 17)	<b>16.049,70</b>	<b>22.335,00</b>		<b>16.225,50</b>	<b>-6.109,50</b>
19	= <b>ordentliches Ergebnis</b> (Nummer 10 ./ Nummer 18)	0,00	0,00		505.932,10	505.932,10
20	außerordentliche Erträge	0,00	0,00		0,00	0,00
21	außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00		0,00	0,00
22	= <b>Sonderergebnis</b> (Nummer 20 ./ Nummer 21)	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
23	= <b>Gesamtergebnis</b> (Nummer 19 + 22)	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>		<b>505.932,10</b>	<b>505.932,10</b>
24	veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 20 SächsKomHVO-Doppik	0,00	0,00		0,00	0,00
25	Betrag, der durch das ordentliche Ergebnis und aus Überschüssen des Sonderergebnisses gedeckt wird	0,00	0,00		0,00	0,00
26	= <b>verbleibendes Gesamtergebnis</b> (Nummer 23 ./ Nummer 25)	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>		<b>505.932,10</b>	<b>0,00</b>
27	= <b>nicht gedeckter Fehlbetrag aus Vorjahren, der auf Folgejahre vorzutragen ist</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## Ergebnisrechnung

nachrichtlich: **Verwendung des Jahresergebnisses**

1	Überschuss des ordentlichen Ergebnisses, der in die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses eingestellt wird	505.932,10
2	Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses, der mit der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses verrechnet wird	0,00
3	Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses, der mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses verrechnet wird	0,00
4	Überschuss des Sonderergebnisses, der in die Rücklage des Sonderergebnisses eingestellt oder zur Deckung von vorgetragenen Fehlbeträgen des Sonderergebnisses	0,00
5	Fehlbetrag des Sonderergebnisses, der mit der Rücklage des Sonderergebnisses verrechnet wird	0,00
6	Fehlbetrag, der nach § 25 Abs. 3 Satz 2 SächsKomHVO-Doppik zu veranschlagen und auf das ordentliche Ergebnis der Folgejahre vorzutragen ist	0,00
7	Fehlbetrag des Sonderergebnisses, der auf Folgejahre vorgetragen wird	0,00
8	Verrechnung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren mit dem Basiskapital	0,00
9	Verrechnung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses mit dem Basiskapital	0,00



Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 ./ Spalte 2)
		EUR				
		1	2	3	4	5
1	Steuern und ähnliche Abgaben darunter: Grundsteuern A und B Gewerbesteuer Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer					
2	+ Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen sonstige allgemeine Zuweisungen allgemeine Umlagen					
3	+ sonstige Transfereinzahlungen					
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, ausgenommen Investitionsbeiträge					
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen					
7	+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen					
8	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
9	= <b>Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b> (Nummern 1 bis 8)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Personalauszahlungen					
11	+ Versorgungsauszahlungen					
12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen					
13	+ Zinsen und ähnliche Auszahlungen					
14	+ Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
15	+ sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
16	= <b>Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b> (Nummern 10 bis 15)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	= <b>Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als</b>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen					
19	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit					
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen					
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen					
22	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen					
23	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens					
24	+ Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit					
25	= <b>Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b> (Nummern 18 bis 24)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen					
27	+ Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen					
28	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen					
29	+ Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen					
30	+ Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen und von Wertpapieren des Umlaufvermögens					
31	+ Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen					
32	+ Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit					
33	= <b>Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b> (Nummern 26 bis 32) nachrichtlich: Auszahlungen für den Tilgungsanteil der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, die nicht in Position 37 enthalten sind	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	= <b>Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit</b> (Nummer 25 ./ Nummer 33)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	= <b>veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf</b> (Nummern 17 + 34)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

**Finanzrechnung**

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres		Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 3 ./ Spalte 2)
		1	2	3	4	5
		EUR				
36	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen					
37	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen					
<b>38</b>	<b>= Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit</b> (Nummer 36 ./ Nummer 37)	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>39</b>	<b>= Änderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr</b> (Nummern 35 + 38)	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
40	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Geldanlagen, aus Darlehensrückflüssen und aus Liquiditätskrediten darunter: Einzahlungen aus Liquiditätskrediten					
41	- Auszahlungen für Geldanlagen, für die Gewährung von Darlehen und für die Tilgung von Liquiditätskrediten darunter: Auszahlungen für die Tilgung von Liquiditätskrediten					
42	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern				0,00	
43	- Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern				0,00	
<b>44</b>	<b>= Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen</b> [(Nummern 40 + 42) ./ (Nummern 41 + 43)]				<b>0,00</b>	
<b>45</b>	<b>Anfangsbestand an Zahlungsmitteln (ohne Liquiditätskredite und Kontokorrentverbindlichkeiten)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>46</b>	<b>= Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres</b> (Nummer 39 + 44 + 45)	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

### Anlagenübersicht

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dezember des Haushaltsjahres	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Auflösungen <sup>1)</sup>	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Stand am 31. Dezember des Haushaltsjahres	Stand am 1. Januar des Haushaltsjahres	am 31. Dezember des Haushaltsjahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	EUR											
<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>												
<b>1.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen</b>												
<b>1.3 Sachanlagevermögen</b>												
1.3.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen												
1.3.1.1 Grünflächen												
1.3.1.2 Ackerland												
1.3.1.3 Wald und Forsten												
1.3.1.4 Schutz- und Ausgleichsflächen												
1.3.1.5 Gewässer												
1.3.1.6 Sonstige unbebaute Grundstücke												
1.3.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen												
1.3.2.1 Wohnbauten												
1.3.2.2 Anlage IIA												
1.3.2.3 Schulen												
1.3.2.4 Kulturanlagen												
1.3.2.5 Sportanlagen												
1.3.2.6 Gartenanlagen												
1.3.2.7 Verwaltungsgebäude												
1.3.2.8 Sonstige Gebäude												
1.3.3 Infrastrukturvermögen einschließlich Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
1.3.3.1 Brücken, Tunnel und ingenieurechnische Anlagen												
1.3.3.2 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen												
1.3.3.3 Stromversorgungsanlagen												
1.3.3.4 Gasversorgungsanlagen												
1.3.3.5 Wasserversorgungsanlagen												
1.3.3.6 Abfallbeseitigungsanlagen												
1.3.3.7 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen												
1.3.3.8 Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen												
1.3.3.9 Sonstiges Infrastrukturvermögen												
1.3.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden												
1.3.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler												
1.3.6 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge												
1.3.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere												
1.3.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau												
<b>1.4 Finanzanlagevermögen</b>												
1.4.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	16.952.550,35	0,00	0,00	0,00	16.952.550,35	0,00	0,00	0,00	505.932,10	505.932,10	16.952.550,35	17.458.482,45
1.4.2 Beteiligungen												
1.4.3 Sondervermögen												
1.4.4 Ausleihungen												
1.4.5 Wertpapiere												

<sup>1)</sup> Kumulierte Abschreibungen für Abgänge